

**Lydia KLINKENBERG, Ministerin für Familie, Soziales, Wohnen und Gesundheit**

**Sitzung vom 24.11.2025**

**Frage Nr. 288 von Herrn GROMMES (ProDG) an Ministerin KLINKENBERG zur Stärkung der Krisenresilienz im Gesundheitswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

---

Es gilt das gesprochene Wort!

---

Das *Grenzecho* veröffentlichte vom 20. Oktober 2025 ein Interview mit der belgischen Infektiologin Prof. Erika Vlieghe, in dem sie auf die Notwendigkeit einer dauerhaften und realistischen Krisenvorsorge im Gesundheitswesen hinweist.

Sie warnte davor, nach der Corona-Pandemie in einen Zustand der Selbstzufriedenheit zurückzufallen, und erinnert daran, dass europaweit neue Infektionskrankheiten jederzeit auftreten können. Laut Prof. Vlieghe braucht es klare Zuständigkeiten, regelmäßig geübte Pandemiepläne und eine einfache, transparente Kommunikation mit der Bevölkerung.

Zugleich hebt sie hervor, dass das Vertrauen in wissenschaftliche Empfehlungen und Impfprogramme in Teilen der Bevölkerung abgenommen habe. Um diesem Trend entgegenzuwirken, plädiert sie für niedrigschwellige Informationsangebote und innovative Formate, die Bürgerinnen und Bürger stärker einbeziehen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen, sehr geehrte Frau Ministerin, folgende Fragen stellen:

1. Welche Maßnahmen wurden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft umgesetzt, um die Krisenvorsorge im Gesundheitsbereich zu aktualisieren?
2. Welche Empfehlungen des Sonderausschusses „Corona“ konnten bisher konkret in Angriff genommen werden?
3. Welche Initiativen gibt es, um das Vertrauen der Bevölkerung in Gesundheitsinformationen zu stärken?

## Antwort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

den Rahmen für die Maßnahmen zur Krisenvorsorge und Krisenresilienz im Gesundheitsbereich in der DG bildet der belgische interföderale Aktionsplan zur Bewertung der Notfallvorsorge im Bereich der öffentlichen Gesundheit 2025. Er wurde in den letzten Wochen überarbeitet und basiert auf einer Analyse und Evaluation des belgischen Systems durch Experten des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) vom letzten Jahr. Die Empfehlungen zur Optimierung der Krisenvorsorge werden in den kommenden drei Jahren in Form von Handlungsplänen und konkreten Maßnahmen umgesetzt. An diesen Schritten nimmt die DG aktiv teil. Zu den durch den Aktionsplan abgedeckten Themenfeldern gehören u.a. Gesundheitsnotfallmanagement, Antimikrobielle Resistenzen, die Überwachung aufkommender Infektionen, Laborkapazitäten, Einfallstüren für Infektionskrankheiten und die Risikokommunikation.

Um es anschaulich zu machen und auf die DG herunterzubrechen: Wir haben aus den Erfahrungen mit der Covid-19-Pandemie und Beschaffungsproblemen gelernt und gehandelt. Der Föderalstaat und die Teilstaaten haben einen Bestand an Schutzmaterial für Gesundheitskrisen angelegt, um dieses kurzfristig den Gesundheitsdienstleistern der ersten und zweiten Linie, aber auch Organisationen, die mit vulnerablen Menschen arbeiten – wie den WPZS – zur Verfügung stellen zu können. Die DG hat eine Reserve an Schutzmaterial angelegt. Diese besteht aus chirurgischen Masken, FFP2-Masken, Einmalgebrauchshandschuhen, Schutzkitteln sowie Schutzbrillen. Bei einer der COVID-19-Pandemie ähnlichen Gesundheitskrise haben wir somit für die Dauer von 3 Monaten genug Schutzmaterial verfügbar für 1000 „Versorgungsplätze“ in den WPSZ sowie für von der DG bezuschusste Einrichtungen, die kranke, ältere und/oder körperlich oder geistig beeinträchtigte Menschen unterstützen.

Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten beteiligt sich die DG auch an nationalen oder seitens der EU-Kommission organisierten Übungen, um für Gesundheitskrisen möglichst gut gewappnet zu sein. Im November 2024 wurde innerbelgisch unter Beteiligung der DG die Reaktion auf einen Ausbruch einer zoonotischen Erkrankung mit allen relevanten Akteuren geprobt, vor wenigen Wochen wurde ein chemischer Unfall simuliert. Den Übungen jeweils nachgeschaltet sind Analysen der Fehler und Schwachstellen bei der Zusammenarbeit.

Ich kann Ihnen auch versichern: Ja, wir greifen die Empfehlungen des Sonderausschusses „Corona“ des PDG auf. Von den 219 Empfehlungen betreffen ja gut ein Drittel, genauer 81, den Bereich Gesundheit. Als DG fokussieren wir uns auf die Handlungsfelder, für die wir zuständig sind, also v.a. Prävention, Gesundheitskommunikation und Krisenmanagement. Bereits in Angriff genommen haben wir die Stärkung der Gesundheitskompetenz, die Verbesserung der Krisenkommunikation und eine engere Vernetzung mit den relevanten Akteuren im Bereich Krisenvorsorge. Parallel dazu fließen andere Empfehlungen in laufende Projekte ein und werden schrittweise umgesetzt.

Ich bin froh, dass Sie mit dem Stichwort „Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in Gesundheitsinformationen“ einen auch für mich zentralen Aspekt ansprechen. Auch in dieser Hinsicht waren wir nicht untätig. Das Gesundheitsportal auf [ostbelgienlive.be](http://ostbelgienlive.be) wurde vollständig neu strukturiert. Einen besonderen Wert haben wir dabei auf eine klare Gliederung und leicht verständliche Inhalte gelegt. Wir haben jeweils auch auf Transparenz geachtet, um Vertrauen zu stärken: Die Informationen enthalten Quellenangaben und eine offene Darstellung möglicher Unsicherheiten. Wir bauen dabei zur Qualitätssicherung auf die Einbindung renommierter wissenschaftlicher Institute und Expertengremien. Wir arbeiten mit Allgemeinmedizinerinnen und Apothekern. Diese können auf einer Vertrauensbasis individuell beraten, Fehlinformationen korrigieren, geprüfte und evidenzbasierte Inhalte weitergeben und mit ihren Erklärungen und Präventionshinweisen die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung stärken. Gerne verweise ich auch auf die wichtige Rolle des Patientenrats & Treffs. Mit der Einbindung von Patientenorganisationen wollen wir dazu beitragen, Praxisnähe zu gewährleisten und Vertrauen zu fördern. Schließlich organisieren wir Austauschtreffen mit den Gesundheitsdienstleistern, bei denen die Stärkung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung besprochen wird. So können wir gemeinsam konkrete Unterstützungsbedarfe ermitteln und wirksame Maßnahmen umsetzen. Dazu gehören beispielhaft Informationskampagnen wie die zur Prävention von Gebärmutterhalskrebs durch die HPV-Impfung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!